

„Die Welt um uns herum ist ein Stück weit unsicherer geworden“

Fortsetzung von Seite 1

Zum Thema „Innere Sicherheit“ erklärt Minister Altmaier: „Alle rechtlichen und tatsächlichen Verbesserungen im Bereich der Inneren Sicherheit sind in den letzten Jahren von CDU und CSU in einem mühsamen Prozess durchgesetzt worden, weil alle unseren aktuellen und potenziellen Koalitionspartner häufig auf der Bremse standen. Wir sind aber überzeugt, dass zu Freiheit und zu Lebensqualität auch ein hohes Maß an Innerer Sicherheit gehört. Das bedeutet, wir brauchen nicht nur genügend Polizisten, sondern wir müssen auch bereit sein unsere Polizei mit den nötigen Mitteln auszustatten, sowohl was die rechtlichen Kompetenzen, als auch was die technische Ausrüstung angeht. Wir werden eine neue Generation von Videokameras an sensiblen Punkten installieren, die dann auch im Stande ist durch Gesichtserkennung von Straftätern die Aufklärung zu verbessern.“ Außerdem sei der Wohnungseinbruchsdiebstahl in der Strafbarkeit verschärft worden, was seiner Ansicht nach nicht nur ein politisches Signal sei, sondern auch dazu führe, dass die Möglichkeiten der Vorratsdatenspeicherung genutzt werden könnten, um bei Personen, die auf frischer Tat erwischt werden, aufzuklären wer die Hintermänner sind, wo Einbrüche in der jüngeren Vergangenheit stattgefunden haben und damit neue Straftaten zu verhindern. Zudem habe man im Bereich des Sozialbetrugs und im Bereich der Asylverfahren Fortschritte erzielt. Ein Beispiel sei, dass die Behörden jetzt die Möglichkeit hätten bei Asylbewerbern, die sich weigern ihre Identität preiszugeben und keine Ausweispapiere haben oder sie vernichtet haben, möglich sei Handydaten auszulesen, um festzustellen wo jemand herkomme und mit wem er gesprochen habe. „Es ist unter den heutigen Bedingungen möglich ein hohes Maß an Sicherheit zu gewährleisten“, betont er. „Deutschland war und ist nach wie vor eines der sichersten Länder der Welt. Das bleibt aber nur dann so, wenn wir ständig dafür sorgen, dass auch die Möglichkeiten der Polizei Schritt halten mit der Weiterentwicklung der Möglichkeiten, die Kriminellen zur Verfügung stehen.“

Zur Kritik von Datenschützern an dem Pilotprojekt mit

den neuen Videokameras erklärt Altmaier: „Wir werden in der neuen Wahlperiode ein Datengesetz verabschieden. Dieses Datengesetz wird zum einen die Befugnisse von Sicherheitsbehörden regeln. Es wird zum anderen den Zugang aller Bürger zu interessanten und wichtigen Daten regeln, die heute benötigt werden, auch um wirtschaftlich tätig zu sein. Und es wird auch das Datenschutzrecht verbessert. Sicherheit und Datenschutz sind kein Gegensatz.“ Laut Altmaier müsse es eine Bereitschaft geben über diese Fragen zu diskutieren. Der Staat sei gefordert Vorschläge zu machen und werde unter Einbeziehung von Bürgern und Datenschützern der Polizei die Möglichkeiten

und Sicherheitsbehörden starke Möglichkeiten haben, weil sie verstanden haben, dass die Sicherheit heute nicht durch den Staat bedroht werde, sondern durch organisierte Kriminalität, Alltagskriminalität und auch durch schwere Formen von Terrorismus. „Deshalb werden wir dieses Thema in den nächsten vier Jahren sehr prominent behandeln“, kündigt er an.

Altmaier äußert sich weiterhin zum derzeitigen Verhältnis zum Partner USA: „Wir haben der Freundschaft mit den USA für unser eigenes Glück in Deutschland unheimlich viel zu verdanken. Sowohl der Wiederaufbau nach dem Krieg, der Schutz während des Kalten Krieges vor Übergriffen durch

wir unseren Soldaten bei ihren Auslandseinsätzen den bestmöglichen Schutz gewährleisten können.“

„Zu unserer Verantwortung in der internationalen Politik zählt seit jeher, dass wir rhetorische Eskalationen nach Möglichkeit vermeiden“, sagt Altmaier mit Blick auf den Konflikt zwischen den USA und Nordkorea. „Wir müssen bei jedem Konflikt immer im Auge haben, dass man am Ende eine Lösung braucht und dass im Zweifel friedliche Lösungen den Vorzug vor militärischen Lösungen verdienen. Das hängt selbstverständlich auch von dem anderen Land, mit dem man es zu tun hat, ab. Nun sieht es so aus, als ob beide Seiten rhetorisch abrüsten. Das ist ein erster positiver Schritt. Trotzdem werden wir eine Weile damit leben müssen, dass die Welt um uns herum ein Stück weit unsicherer und unkalkulierbarer geworden ist. Und das bedeutet, dass die Außenpolitik und auch die Verteidigungspolitik in den nächsten Jahren wieder eine größere Rollen spielen werden.“

In den vergangenen Monaten habe man erlebt, dass in der Türkei selbst die Spannungen zugenommen haben, spricht Altmaier ein weiteres Thema an. Dies habe entsprechende Folgen für Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und Demokratie, bedauert er. Gleichzeitig habe es im deutsch-türkischen Verhältnis Irritationen gegeben. „Wir waren und wir sind der Auffassung, dass es im Interesse bei der Länder liegt, gute Beziehungen beizubehalten und zu entwickeln. Wahr ist auch, dass wir nicht alles akzeptieren können, was über Deutschland gesagt wird. Deutschland hat in den letzten 70 Jahren eine großartige Entwicklung zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie hingelegt, und das lassen wir von niemanden in Frage stellen - auch nicht von unserem Bündnispartner Türkei.“

„Henning Otte verantwortet in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion den ganz wichtigen Bereich der Verteidigungspolitik. Wenn es um Verteidigungspolitik geht, ist er der Chef im Bundestag“, erklärt Altmaier abschließend. „Dieser Bereich wird in Zukunft an Bedeutung zunehmen. Deshalb wünsche ich mir, dass er mit einem sehr starken Mandat wiedergewählt wird und erneut im Deutschen Bundestag vertreten ist.“ (ram)



Peter Altmaier.

Foto: Lisa Müller

geben die braucht. Es würden zum Beispiel in Deutschland heute sehr viel mehr Daten anfallen und gespeichert, als noch vor einigen Jahren. Aber in vielen Fällen hätten die Sicherheitsbehörden auf diese Daten keinen Zugriff. Sie sollen auch keinen generellen Zugriff bekommen, so Altmaier. Aber dann, wenn es darum gehe Straftaten zu verhindern und aufzuklären, sei es notwendig, dass es diesen Zugriff gebe, egal ob es sich um Mautdaten, die an Autobahnen erfasst werden, ob es sich um Sozialdaten, die bei Sozialversicherungseinrichtungen vorliegen, oder ob es sich um Verbindungsdaten handele. Alles das könne man seiner Meinung nach so regeln, dass rechtschaffene Bürger davon nichts zu befürchten haben. Er habe in vielen Gesprächen festgestellt, dass die Bürgerinnen und Bürger heute auch wollen, dass die Polizei

den Kommunismus und auch die Deutsche Einheit wären ohne die Unterstützung der USA nicht möglich gewesen. Und dennoch erleben wir, dass die neue Administration in den USA mit einem neuen Präsidenten an der Spitze ihren Orientierungsprozess noch nicht abgeschlossen hat. Und das bedeutet eben, dass wir auch stärker unsere eigenen Interessen wahrnehmen müssen. Die Bundeskanzlerin hat vor einigen Wochen gesagt: Die Zeiten, wo wir uns hundertprozentig auf andere verlassen konnten, sind ein Stück weit vorbei. Das hat Konsequenzen, die beispielsweise auch darin bestehen, dass wir dafür sorgen müssen, dass die Bundeswehr über militärische Fähigkeiten verfügt, die wir vielleicht in früheren Jahren auch über unsere Verbündeten abgedeckt haben, in Zukunft aber selbst sicherstellen müssen, damit